

Gewalt im öffentlichen Raum: über Gegenauflärer und städtische Gewaltverhältnisse

Geiling, Heiko

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geiling, H. (2000). *Gewalt im öffentlichen Raum: über Gegenauflärer und städtische Gewaltverhältnisse*. Hannover.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-194828>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Über Gegenaufklärer und städtische Gewaltverhältnisse

(Beitrag zur Jahrestagung "Gewalt und Zivilisation" der Loccumer Initiative
kritischer WissenschaftlerInnen vom 27. - 29.10.2000 in Loccum)

Ich will gleich zu Beginn deutlich machen, daß es nicht die zurückliegenden Jugoslawien-Kriege oder die unfaßbaren Hetzjagden auf Menschen in Deutschland und schon gar nicht das schon fast wieder kurios zu nennende Spektakel um Kampfhunde in diesem Jahr waren, die mich das Thema "Gewalt im öffentlichen Raum" aufgreifen ließen. Dafür verantwortlich war eher ein ständiges Unbehagen darüber, wie in den vergangenen zehn Jahren mit der sogenannten "Gewaltproblematik" öffentlich umgegangen wird, welche sicherheitspolitischen Strategien damit verbunden sind und welche gesellschaftlichen Akteure sich dabei besonders hervortun. Zuletzt war es eine mit ausländischen Jugendlichen arbeitende Sozialarbeiterin, die mich im Rahmen unserer Sozialforschungen über Kohäsion und Partizipation in Stadtteilen¹ erneut darauf aufmerksam machte. Die emphatische Beschreibung ihrer couragierten Arbeit mit jungen Leuten in einem der in allen Belangen benachteiligend wirkenden hannoverschen Stadtteile beendete sie mit einem Satz von Bertolt Brecht: "Der reißende Strom wird gewalttätig genannt, aber das Flußbett, das ihn einengt, nennt niemand gewalttätig." Ich will den hier von der Sozialarbeiterin mit Brecht vorgenommenen Perspektivwechsel aufgreifen und weniger von blutrünstigen Bildern, sich ausweitenden Ressentiments mit anschließenden repressiven Politikmodellen sprechen als von den Bedingungen und Ausdrucksformen struktureller Gewalt.

Entlang einiger Beispiele aus den Diskursen über jugendliche Gewalt und über sogenannte städtische soziale Brennpunkte will ich gleichzeitig auf den Anteil aufmerksam machen, den insbesondere gesellschaftliche Eliten bzw. Intellektuelle an fortgesetzter struktureller Gewalt haben. Ich knüpfe dabei an eine These von Bourdieu an, in der er vom "Rassismus der Intelligenz"² spricht. Bourdieu zielt auf den Rassismus der herrschenden Klassen; auf einen Rassismus, der die gesellschaftlich-politische Ordnung legitimieren soll und den Herrschenden zugleich das Gefühl verschaffen soll, sich in ihrer besonderen Existenz gerechtfertigt zu sehen. Das darüber hergestellte Selbstverständnis gesellschaftlicher Eliten als Wesen

¹ Vgl. Heiko Geiling, Thomas Schwarzer, Abgrenzung und Zusammenhalt. Zur Analyse sozialer Milieus in Stadtteilen Hannovers, Hannover 1999 (agis texte 20). Nachfolgende Zitate aus der Lokalpresse und Zahlenangaben zu Sozialstrukturen des hier diskutierten Stadtteils sind den Arbeitsberichten der im Rahmen der agis tätigen Stadt-Forschungsgruppe entnommen, zu der auch Esther Bartnick, Martin Buitkamp, Stephan Gaisreiter und Claudia Heinzlmann gehören.

² Pierre Bourdieu, Der Rassismus der Intelligenz, in: ders., Soziologische Fragen, Frankfurt/M. 1993, S.252-256

höherer Art zu agieren, beruht in der Regel auf akademischen Weihen, auf hohen gesellschaftlichen Rangabzeichen, auf Zugangsmöglichkeiten zu diversen Machtzirkeln und auf entsprechend distinktierten Lebensstilen. Wird die auf diese Weise repräsentierte Akkumulation sozialer Beziehungen und kulturellen Kapitals nicht immer wieder erneut als gesellschaftlich erworbene und zugewiesene reflektiert, kann sie sehr bald, unter Berufung auf vermeintlich natürliche und angeborene Anlagen, in elitistische Überlegenheitsgefühle übergehen. Wenn in diesem Sinne vom “Rassismus der Intelligenz” gesprochen wird, müssen zugleich auch immer dessen gewalttätige Potentiale mitgedacht werden. Schließlich ist es der Elitismus, der mehr oder minder selbstverständlich die Deutungsmuster und Symbole des öffentlichen Raums vorgibt und allzu häufig ohne hinreichende demokratische Legitimierung allein aus seinem vermeintlichen Überlegenheitsgefühl heraus auch über die physische Beschaffenheit dieses Raums in Städten, Stadtteilen und Wohnungen befindet. Als Konstrukteure und alleinige Interpreten ihrer eigenen Werke schaffen so verstandene Eliten das von Brecht erwähnte “Flußbett” und sind verantwortlich für den sich darin entwickelnden “reißenden Strom”.

Dieses “Flußbett” bzw. die strukturelle Gewalt liegt nach Johan Galtung immer dann vor, wenn Menschen in einer Zeit leiden, in der dies objektiv vermeidbar ist, also “wenn Menschen so beeinflusst werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung”³. Im Unterschied zu anthropologisch begründeten Gewaltkonzeptionen, wie sie beispielsweise im immer wieder bemühten Sozialdarwinismus zum Ausdruck gebracht werden, wird Gewalt mit Galtung als ein gesellschaftliches Verhältnis verstanden. Es äußert sich in ungleichen Machtbeziehungen und Lebenschancen, die zu den konstitutiven Bestandteilen unserer Gesellschaft gehören. Wenn also personale bzw. direkte Gewalt dadurch charakterisiert ist, daß ein Gewalt ausübender Akteur zu erkennen ist, sind die Zusammenhänge indirekter bzw. strukturell verursachter Formen der Gewalt über die Analyse dieser Strukturen zu erschließen.

³ Johan Galtung, Gewalt, Frieden, Friedensforschung, in: ders., Strukturelle Gewalt, Reinbek bei Hamburg 1975, S.9

1. Über die Gewalt der Gegenaufklärung

Es scheint nun nicht ganz zufällig zu sein, daß meine beiden folgenden Beispiele der “tageszeitung” (taz) entnommen sind; einer Zeitung, die mit avantgardistischem Eifer ihrer potentiellen Leserschaft in den neuen sozialen Milieus weggelaufen ist, deswegen aus den roten Zahlen nicht herauskommt und sich immer weniger gegenüber gewalt- und sicherheitspolitische Tendenzen immunisieren kann, wie sie in den neoliberalen Diskursen zuehrend zum Ausdruck gebracht werden.

Im ersten Beispiel greife ich zurück auf einige - gelinde gesagt - fahrlässige Äußerungen zum Zusammenhang von Jugend und Gewalt. Professionelle Jugendforscher konstatieren ein ansteigendes Gewaltniveau männlicher Jugendlicher, die vorwiegend aus Gruppen bzw. Cliquen heraus agieren, während auf der anderen Seite die Gewaltkriminalität in der Gesellschaft insgesamt zurückgeht. Ungeachtet dieser gesicherten empirischen Befunde handelt es sich bei der Jugendgewalt um eines der ältesten Themen überhaupt, die zu passender Gelegenheit immer wieder in skandalisierender Absicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Art und Weise, wie dies geschieht, sagt in der Regel mehr über den Zustand der Gesellschaft und über die jeweils Sprechenden aus als über gewalttätige Jugendliche, Hooligans oder Mitglieder einfacher Straßenbanden.

So auch im Falle eines Beitrages des in der taz im Gestus eines liberalen Aufklärers schreibenden Psychoanalytikers Micha Hilgers. Unter der Überschrift “Gewalt macht Spaß” und “Gewalttätige Jugendliche sind meist traumatisiert - und kaum heilbar”⁴ sagt er absolut nichts über gewalttätige Jugendliche, dafür aber um so mehr über sein Wissenschaftsverständnis und sein offenbar darüber vermitteltes Gesellschaftsbild. Hilgers behauptet, Streetwork, Sozialarbeit und Resozialisierungsmaßnahmen liefen gegenüber gewalttätigen Jugendlichen ins Leere, weil diese heute über keinerlei Einsicht und Reue mehr empfinden könnten. Ablesbar sei diese nur durch eine veränderte Bildungs- und Familienpolitik aufhebbare Entwicklung am Verhalten “chronischer Gewalttäter”, die entgegen des Gedankens der Resozialisierung, wie er mit der großen Strafrechtsreform von 1973 implementiert wurde, als “Täter mit schwerer Persönlichkeitsstörung” nicht mehr in die Gesellschaft reintegriert werden könnten. Schon bis zu diesem Punkt sind wir von Hilgers einer atemberaubenden Argumentationslinie ausgesetzt: Standen am Anfang seiner Rede noch “gewalttätige Jugendliche” wandelten sich diese im Verlauf weniger Zeilen unvermittelt zu “Gewohnheitstätern” bzw. “chronischen Gewalttätern” und mutierten schließlich zu “Tätern mit schwerer Persönlichkeitsstörung”. Daß solchen, wie wir jetzt wohl annehmen müssen, ‘Triebtätern’ im Sinne einer Resozialisierung

⁴ Micha Hilgers, Gewalt macht Spaß. Gewalttätige Jugendliche sind meist traumatisiert - und kaum heilbar. Milieuschäden lassen sich nicht rasch “reparieren”. Gefragt sind Bildungs- und Familienpolitik, in: taz vom 3. August 2000

nicht mehr geholfen werden könne, will der Autor dann zu guter Letzt mit der Neuropsychologie und der biologischen Psychiatrie begründet sehen. Diese hätten festgestellt, daß “massive traumatisierende Erfahrungen”, also “verelendende Kindheitsbedingungen und schwere Milieuschäden”, zu dauerhaften biologischen Gehirnveränderungen führten, zu, wörtlich: “hirnorganischen Niederschlägen von Milieuschäden”. Dann folgt der Satz: “Die politische Lehre lautet, daß sich der Mensch für einfache Reparaturmaßnahmen nach gescheiterten arbeits-, wohn- und familienpolitischen Entscheidungen nicht eignet.”

Also, mag die aufmerksame Leserschaft der taz hier fragen, sich dabei die “hirnorganischen Niederschläge” ausmalend, also, was glaubt der Autor, uns nun als Konsequenz seiner Überlegungen anbieten zu müssen. Trotz ständigen Dementierens, wie z.B. die Strafrechtsreform von 1973 zurückdrehen zu wollen, zur Kopf-Ab-Schwanz-Ab-Fraktion der Rechtskonservativen zu gehören und alle sozialtherapeutischen und sozialpolitischen Maßnahmen aufzugeben, bietet Hilgers genau dazu keine Alternative an, weil er sein Ziel längst schon erreicht hat bzw. das (Fluß-)Bett schon bereitet ist. Sein Ziel besteht offensichtlich allein darin, gesellschaftliche Verhältnisse zu re-naturalisieren und bis dato öffentlich Undenkbares wieder denkbar zu machen, tabuisierte Zonen des öffentlichen Raums aufzuschließen und, obwohl er sich in gleichem Atemzug davon zu distanzieren sucht, genau jenen gesellschaftlichen Kräften zuzuspielen, die ungeachtet zivilisatorischer Entwicklungsprozesse an ihren sozialdarwinistischen Menschen- und Gesellschaftsbildern schon immer festgehalten haben. Hilgers Ausführungen ergeben keinen anderen Sinn. Seine Methode besteht darin, das Unausgesprochene bzw. das Implizite im Sinne unvollendeter Sätze münd- bzw. öffentlichkeitsgerecht zuzubereiten.

Hätte Hilgers hingegen die Leserschaft aufklären wollen, wäre es notwendig gewesen, sich auf die vielfach erforschten und bekannten Verhaltensmuster Jugendlicher konkret zu beziehen und diese nicht von vornherein mit chronischen Gewalttätern gleichzusetzen. Dazu hätte gehört, das Verhalten Jugendlicher im Zusammenhang lebensgeschichtlicher, familiärer, schulischer und sozialräumlicher Bedingungen zu fassen, um darüber die je spezifischen Muster jugendlicher Gewalt, die jugendlichen Risikogruppen sowie auch die extremen Formen jugendlicher Gewaltausübung erklären zu können.⁵

Auf der kulturellen Welle des Themas der Jugendgewalt tummeln sich noch eine ganze Reihe weiterer Vertreter unterschiedlicher Zünfte. Wie der eben erwähnte Hilgers favorisieren sie für ihre Auftritte das Feld der plaudernden Feuilletons und Talkshows, wo man sich und sein gerade publiziertes Buch oder Musikstück einem Millionenpublikum anbieten kann. Es handelt sich um ein Feld bzw. um einen Markt, wo

⁵ Vgl. v.a. Thomas A. Wetzstein, Roland Eckert, Zwischen Kreativität und Gewalt. Über die Bedeutung von Gruppenbildung und Gruppenzugehörigkeit für Jugendliche, in: Frankfurter Rundschau vom 29. März 2000; vgl. auch Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, Opladen 2000

die Grenzen solider wissenschaftlicher Argumentation von Marketingstrategien eingegeben werden, wo der Showeffekt in Gestalt des vordergründigen Skandals angestrebt wird, wo der Nachrichtenwert von der Einschaltquote bestimmt wird und wo letztlich die Umsatz- und Einschaltquote als Äquivalent sogenannter Wissenschaftlichkeit fungiert.

Ganz oben auf dieser Welle schwimmt der hannoversche Kriminologe Christian Pfeiffer. Er versteht es meisterhaft, sich in diesem Feld des öffentlichen Raums zur Geltung zu bringen. So wurde Ende Dezember letzten Jahres auf einer ganzen Seite in der schon erwähnten taz⁶ seine jüngste Städte-Studie über Jugendkriminalität vom leitenden Redakteur Eberhard Seidel vorgestellt. Der angebliche Anstieg des Gewaltniveaus in der westdeutschen Gesellschaft der 1990er Jahren habe, so ein zentrales Ergebnis dieser Studie, mit der Migration aus Südeuropa und der Türkei zu tun. Im Vergleich zu deutschen Jugendlichen begingen junge Türken dreimal häufiger Gewaltdelikte. Deren "Macho-Kultur" und Erfahrung mit innerfamiliärer Gewalt seien dafür verantwortlich. "In einer Stadt wie Hannover geht der zwischen 1990 und 1996 beobachtete Anstieg von Gewaltdelikten zu über 95 Prozent auf das Konto von Migranten, jugendlichen Aussiedlern und eingebürgerten "Ausländern". Sie werden umso gewalttätiger, je länger ihr Aufenthalt in Deutschland andauert. /.../ Je länger die Familien in Deutschland leben, desto stärker gerät ein Teil der türkischen Männer in die Krise. Zum einen weil sie nicht die gesellschaftliche Position und den Status einnehmen können, den sie für sich reklamieren. Zum anderen wächst die Autonomie der Frauen und vor allem der Töchter, die in ihren Bildungsabschlüssen und -erfolgen die Söhne bereits weit hinter sich gelassen haben." Weiter heißt es: "Nach der "Töpfchen-These" nun die "Macho-Kultur". In der Sozialforschung ist er der Mann des Jahres: Christian Pfeiffer. /.../ Nun wird der Aufklärer immer häufiger als Ketzer gebrandmarkt. Ein Schicksal, das dem Verkünder von unbequemen Wahrheiten seit Menschengedenken zugebracht ist."⁷

Spätestens an dieser Stelle drängt sich die Frage auf, wie es denn, sofern man der taz Glauben schenken will, um die Sozialforschung bestellt sein muß, wenn jemand zum Mann des Jahres ernannt wird, der mit seinen Forschungen zwar nichts erklären kann, dafür aber Ressentiments und Vorurteile in der Gesellschaft vortrefflich zu bedienen versteht. In Pfeiffers Studie geht es ja nicht allein um Jugendkriminalität, sondern um die Kriminalität jugendlicher Emigranten. Es geht also vor allem um "Ausländerkriminalität", einem Reizthema, dessen anhaltender populistischer Mißbrauch durch die Politik hier nur mit anderen Mitteln fortgeführt zu werden scheint. Denn Pfeiffer will uns offenbar sagen, daß familiäre Gewalt ein kulturelles Muster der Türken ist, welches sie nach Deutschland importieren und mit zunehmender

⁶ Eberhard Seidel, Junge Männer in der Krise, in: taz vom 20. Dezember 1999

⁷ Ebd.

Aufenthaltsdauer zwecks Verteidigung männlich-chauvinistischer Wertvorstellungen fortsetzen und sogar noch verstärken. Unabhängig davon, daß chauvinistische Männlichkeitsvorstellungen nicht allein ein südeuropäisches oder türkisches Phänomen sind, sind in Justiz und Wissenschaft die überproportionalen Anteile, die türkische Jugendliche an der Gewaltkriminalität haben, seit langem ebenso bekannt wie die These von der sozialisationsbedingten Gewalttätigkeit Jugendlicher. Gleichzeitig weiß man, daß es keinen Automatismus zwischen familiärer und jugendlicher Gewalt gibt. Gäbe es einen solchen, dürfte es keine Jugendlichen geben, die trotz häuslicher Gewalterfahrungen mit Gewalt nichts zu tun haben. Des weiteren wissen wir aus allen Ländern mit ethnischen Minderheiten, daß deren überdurchschnittlichen Anteile an den jeweiligen Kriminalitätsraten mit ihre gesellschaftlich-politisch veranlaßten sozialräumlichen Segregierungen und Diskriminierungen sowie auch mit relativ einseitigen Reaktionen der Strafverfolgungsbehörden zu tun haben.

Pfeiffer, dem dies gleichermaßen bekannt ist, scheint dies aber wenig zu kümmern und bedient mit seinen Aussagen jene Stimmen und Ideologien, die Kriminalität und Gewalt schon immer über Ethnisierung und andere stigmatisierende Zuschreibungen in den Griff kriegen wollen. Demnach hätten sich in der Konsequenz die Türken mit ihren religiösen Orientierungen und Männlichkeitsvorstellungen nur den Sitten und Gebräuchen der deutschen Mehrheitsgesellschaft anzupassen, und schon wäre die Gewaltproblematik gelöst. Deren sozialstrukturelle Hintergründe können aus dieser Perspektive nicht interessieren, sie werden nicht wahrgenommen, sie werden einfach ausgeblendet. Diese vordergründige Entlastungsstrategie auf Kosten einzelner Ethnien und Gruppen ist der eigentliche Skandal, nicht die reißerisch aufgemachte Macho-These. Dem hätte die taz eine ganze Zeitungsseite widmen sollen. Statt sich in ihren latenten Ängsten und Vorurteilen bestätigen zu lassen, hätte die Leserschaft über die tatsächliche Situation vieler Jugendlicher aus sozial benachteiligten Emigrantenfamilien einiges erfahren können: So z.B. etwas über deren mangelnde Deutschkenntnisse und damit verbundene Unterlegenheitsgefühle in öffentlicher Kommunikation und Selbstdarstellung; über unterschiedliche kulturelle Muster und Identitätsangebote, denen sie in der Regel ohne Hilfe ausgesetzt sind; über die Verarbeitung alltäglicher Erfahrungen der Ablehnung und des Rassismus; über die nicht minder problematische Erfahrung mit Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Bildungsdefiziten; über ihren Rückzug in ethnisch und sprachlich homogene Gruppen, damit verbundene Sprachverweigerung und Abschottung gegenüber anderen kulturellen Mustern und Lebensentwürfen; über damit einhergehende Unterschätzungen eigener Fähigkeiten, über unreflektierte Übernahmen unmittelbar erlebter Verhaltensformen und über mangelnde Handlungskompetenzen im Umgang mit den Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft.

Hier böten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte nicht nur für Erklärungen der Gewaltbereitschaft, sondern vor allem auch für praktische Maßnahmen und Programme gesellschaftlicher Integrationsbereitschaft. Die Öffentlichkeit wäre in diesem Sinne tatsächlich informiert und erhielte Gelegenheit, sich der Problematik anzunähern, sich mit ihr zu befassen und sogar nachzuempfinden. Dazu im Gegensatz, nämlich in der Konsequenz stigmatisierend und ausgrenzend, wirkt die Methode Pfeiffers, öffentlich über Maßnahmen zur Reduzierung von Gewalt in türkischen Haushalten nachzudenken und auf diese Weise gewalttätiges Verhalten als ein nach Deutschland importiertes Spezifikum türkischer Kultur auszugeben. Dies hat zur Folge, daß die Mehrheitsgesellschaft von jeder Verantwortung für gesellschaftliche Gewaltverhältnisse freigesprochen wird.

Autoren wie Hilgers und Pfeiffer, die für sich mit aufklärerischem Gestus beanspruchen, zu Gunsten gesellschaftlicher Integration enttabuisieren zu wollen, bereiten das Feld des neoliberal gefärbten Strukturwandels. Dazu gehören vor allem die für die Phasen gesellschaftlicher Umbrüche typischen Versuche, Sozialpolitik durch Sicherheitspolitik ersetzen zu wollen. Diese Tendenzen nicht zu erkennen und dem Wegschließen, Bestrafen und Ausgrenzen durch ressentimentfördernde Diskurse Vorschub zu leisten, zeugt von einer außerordentlichen politischen Naivität. Ich vermute, daß dies auch zu den unausweichlichen Folgen einer Praxis gehört, keinem Mikrofon, keiner Bühne und keiner Talkshow widerstehen zu können, zumal man sich aus elitistischer Perspektive dazu ohnehin in jeder Beziehung berechtigt und berufen fühlt.

2. Über strukturelle Gewalt und Verantwortungslosigkeit in der Stadt

Mit welcher Vorsicht die Diskussion um Gewalt im öffentlichen Raum zu führen ist, zeigt ein Blick in die Stadtsoziologie⁸. Seit jeher wird dort auf die sozialstrukturellen Beziehungen zwischen Gewalttätern, Opfern und sozialräumlichen Rahmenbedingungen verwiesen. Und obwohl der normative bzw. strafrechtliche Gewaltbegriff darin nicht aufgeht, weil er die unterschiedlichen Dimensionen gesellschaftlich-politischer Gewaltverhältnisse nicht erfassen kann, fungiert er in der statistischen Handhabung und in der öffentlichen Wahrnehmung ungehindert als eine Art Maßstab für Diskurse in der Sozial-, Ausländer- und Jugendpolitik.

Wie problematisch dieser Maßstab ist, offenbart sich in der polizeilichen Kriminalstatistik. In ihr sind all jene Ereignisse von der Polizei registriert, zu denen die Ermittlungen abgeschlossen sind. Allerdings tauchen nur diejenigen Vorfälle in der Statistik auf, die an die Strafverfolgungsbehörden weitergereicht wurden. Hinzu kommt, daß die Zahl der ermittelten und registrierten Vorfälle immer davon abhängig sein wird, welche polizeilichen Kontrollstrategien zur Anwendung kommen, an welchen Orten und zu welchen Zeitpunkten kontrolliert wird und, letztlich, wie überhaupt der Personalbestand der Polizei beschaffen ist. Des weiteren ist das Anzeigeverhalten der Bevölkerung zu berücksichtigen, das in nicht unerheblichem Maße vom öffentlichen Klima bzw. von der öffentlichen Stimmungsmache beeinflusst wird. Auch die in der polizeilichen Kriminalstatistik auftauchenden Tatverdächtigenzahlen pro 100.000 Einwohner einer Region sind mit Vorsicht zu genießen, weil nicht geklärt werden kann, wie hoch die Zahl der Täter ist, die gar nicht aus der Region kommen. Damit sind auch die im Städtevergleich angebotenen Kriminalitätsdaten wenig aussagekräftig. Denn warum z.B. an einem Ort mehr Fälle gefährlicher Körperverletzung registriert sind als an einem anderen Ort, läßt sich der Statistik nicht entnehmen. Darin findet sich kein Hinweis über eventuell unterschiedliches Anzeigeverhalten der Bevölkerung, unterschiedliche Polizeipräsenz auf den Straßen, unterschiedliche polizeiliche Kontrollstrategien und Personalbestände, unterschiedliche soziale Strukturen und Bedingungen in den jeweiligen Einwohnerschaften oder gar unterschiedliche lokal gefärbte Muster mehr oder minder organisierter Kriminalität.

Nun ist es aus der Perspektive einer neoliberalen Sozial- und Stadtpolitik nur allzu verständlich, am strafrechtlichen Gewaltbegriff und den daran anschließenden Statistiken festzuhalten. Wie sonst ließen sich populistische Sicherheitsdebatten führen, wenn nicht mittels beliebig dramatisierbarer Zahlen. Die Analyse

⁸ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Öffentliche Sicherheit im Kulturkonflikt. Zur Entwicklung der städtischen Schutzpolizei in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt/M., New York 1997; vgl. auch Karl-Dieter Keim, Gewalt, Kriminalität, in: Hartmut Häußermann (Hg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 1998, S.67-78.

und der Verweis auf die Bedingungen und Muster struktureller Gewalt würden sich kaum eignen für die Herstellung einer "Geographie der Angst"⁹. Die Beeinträchtigung subjektiver Sicherheitsgefühle und das Anheizen von Kriminalitätsängsten in der Stadt sind letztlich primitive, aber höchst wirkungsvolle Voraussetzungen, um soziale Gruppen so zu präparieren, daß sie mit ihren vermeintlichen Biologismen bzw. unerwünschten Verhaltensweisen leicht auszusondern und in Schach zu halten sind. Es geht dabei darum, von interessierter politischer oder kommerzieller Seite als störend empfundenen soziales Verhalten in den Griff zu kriegen. Zu beobachten ist in den letzten Jahren, wie in den Städten zunehmend eine Art unterstrafrechtliches Partikularrecht überhand nimmt. In Gestalt von videogesicherten Räumen, starkem personellen Kontrolldruck, insbesondere auch von privaten Sicherheitsdienstleistern, in Gestalt von Platzverweisen, unverhältnismäßigen Ausdehnungen des Hausrechts, diversen Sondernutzungssatzungen und Gefahrenabwehrverordnungen geht es weniger um kriminelle Aktivitäten, sondern um Ordnungswidrigkeiten wie Beleidigungen, Ruhestörungen, Schmutz, Unordnung oder Sachbeschädigung. Von der entstandenen Sicherheitshysterie sind immer jene sozialen Gruppen betroffen, die ohnehin über keinerlei Macht und Einfluß verfügen, weil sie den Anforderungen rein marktvermittelter sozialer Integration noch nie genügen konnten.¹⁰ Zuvor noch in mittlerweile selbst von Sozialdemokraten diskreditierten wohlfahrtsstaatlichen Auffangnetzen halbwegs sozial integriert, sind sie nun die primären Opfer betriebswirtschaftlicher Stadt- und Politikmodelle, deren gnadenlose Ausgrenzungsstrategien, Feindbilder und Legitimationsformen ihnen keinerlei Chancen mehr lassen.

Erst wenn man sich diese ohnehin empörenden Zusammenhänge vor Augen führt und sich dabei der herrschenden gesellschaftlich-politischen Akteure und ihrer im öffentlichen Raum tätigen Symbolvermittler erinnert, so z.B. an die noch vergleichsweise moderaten Herren Hilgers und Pfeiffer, erst dann wird der eigentliche Skandal deutlich, mit dem wir es hier zu tun haben. Ich komme damit auf die eingangs aufgeworfene These vom Rassismus und der gewalttätigen Rolle elitistisch agierender Vertreter im Kontext struktureller Gewalt zurück. Skandalös ist zunächst, daß die immer wieder stigmatisierten sozialen Gruppen mit der gegenwärtigen populistischen Sicherheitspolitik erneut und damit doppelt bestraft werden. Skandalös ist, daß den von den neoliberalen Strategen ins Visier genommenen Randgruppen, die sich mit ihren vermeintlichen sozialen Defiziten und Unzulänglichkeiten ja nicht selbst konstruiert haben, sondern gerade von den herrschenden Akteuren und der von ihnen verwalteten strukturellen Gewalt zu dem

⁹ Hubert Beste, Sicherheitspolitik als Sozialpolitik? (Manuskript zum Vortrag im Rahmen des ARLWorkshops "Soziale Ungleichheit und Segregation" am 8./9.6.2000 in Berlin, S.7). Vgl. in diesem Zusammenhang auch Klaus Ronneberger, Stephan Lanz, Walter Jahn, Die Stadt als Beute, Bonn 1999.

¹⁰ Vgl. Heiko Geiling, Punk als politische Provokation: Mit den Chaos-Tagen in Hannover zur Politik des 'gesunden Volksempfindens', in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), Jugendkulturen ..., a.a.O., S.165-182.

gemacht worden sind, was sie angeblich sind, die ihnen ankonstruierten sozialen Defizite vorgeworfen werden, sie deswegen sogar mit Strafaktionen überzogen werden. Nicht weniger skandalös ist, daß dabei die aus elitistischer Perspektive im öffentlichen Raum Herrschenden die heute von ihnen proklamierten Ansprüche und Maßstäbe verantwortlichen, effektiven und betriebswirtschaftlichen Handelns für sich selbst nie haben ernst nehmen müssen. Denn zu keinem Zeitpunkt, bis heute, waren sie als politische Repräsentanten, als Vertreter öffentlich-rechtlicher Institutionen oder auch als Wissenschaftler einer Effizienzkontrolle oder einem heute von ihnen so hochgehandelten Qualitätsmanagement ausgesetzt. Es wurde ihnen im Gegenteil immer leicht gemacht, sich ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen. Von ihnen verantwortete soziale Mißstände und entsprechende Folgekosten wurden und werden in der Regel sozialisiert und an nachfolgende Generationen weitergereicht. Ich möchte hier zuletzt diese etablierte Verantwortungslosigkeit gegenüber den Folgen selbstverursachter struktureller Gewalt entlang einer biographischen Skizze eines als “sozialer Brennpunkt” gehandelten hannoverschen Stadtteils kurz anreissen.

Unter den Nachkriegsbedingungen der Wohnungsnot und im Kontext der Programme zur Auflösung von Flüchtlingssiedlungen und -baracken wurden, wie in vielen anderen westdeutschen Städten, auch in Hannover große Flächen außerhalb der Kernstadt als Baugelände ausgewiesen. In unserem beispielhaften Stadtteil, heute “sozialer Brennpunkt”, begann der Wohnungsbau 1955. Wenige Jahre später wurde dies in der Lokalzeitung wie folgt kommentiert: “Ein neuer Stadtteil - etwa von der Größe Wunstorfs - wird ... (in Hannover) buchstäblich aus dem Boden gestampft. Als sich die Stadtplaner vor Jahren an die Arbeit machten, konnten sie nach Herzenslust aus dem Leeren schöpfen. Denn leer und unfruchtbar war das Gebiet ... Sie konnten sozusagen in Reinkultur eine Stadt nach den neuesten Erkenntnissen ihrer Wissenschaft züchten.”¹¹ Baugesellschaften im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, so z.B. die Neue Heimat und die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Hannover, sollten für 26.000 Menschen “Hannovers erstes Großsiedlungsexperiment mit Vorortcharakter”¹² realisieren. Ich will diesen scheinbar banalen Vorgang allerdings nun folgendermaßen formulieren: Vor dem Hintergrund fachwissenschaftlich legitimierter Allmachtsphantasien agierten hier städtische Planer und Bauexperten, die nach “Herzenslust” und in “Reinkultur” Stadtstrukturen “züchten” durften, zumal sie damit von der lokalen Politik auch beauftragt waren, und zwar Hand in Hand mit mehr oder minder öffentlich kontrollierten Gesellschaften, die für die bauliche Umsetzung verantwortlich waren. Wir stoßen hier auf ein nahezu undurchsichtiges Geflecht von

¹¹ Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17.9.1959

¹² Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.8.1962

sich gegenseitig stützenden und sich damit zueinander in Abhängigkeit begebenden Strukturelementen aus Politik, Verwaltung und öffentlich-rechtlichen Gesellschaften. Deren jeweilige Legitimationsgrundlagen, ob demokratisch-politische, fachwissenschaftlich-exekutive oder gemein- bzw. betriebswirtschaftliche, werden bei Bedarf ebenso gegenseitig zur Verfügung gestellt wie das entsprechende Personal. So faßt der Stadtplaner, natürlich ausschließlich fachwissenschaftlich begründet,¹³ jene Vorhaben in städtebauliche Konzepte, die der Politiker seiner Wählerschaft zuvor versprochen hat und die er zugleich als lohnenden Auftrag der von ihm im Aufsichtsrat kontrollierten Baugesellschaft in Aussicht gestellt hat. Wie es Ute und Erwin Scheuch¹⁴ für den “Kölner Klüngel” nachgewiesen haben, kann dies bei Gelegenheit dazu führen, daß der Politiker bei der Baugesellschaft in leitende Positionen einsteigt, der Planer in die Politik geht oder alle Beteiligten in diesem Kartell der Selbstrekrutierung letztlich mit doppelten Denominationen das zusätzlich noch dem jeweiligen Parteienproporz verpflichtete Geflecht halböffentlicher lokaler Eliten vollenden.

In unserem hannoverschen Stadtteil führte das “Großsiedlungsexperiment” dazu, daß zunächst 200 Einfamilienreihenhäuser von der Neuen Heimat, dreigeschossige Zeilenbauten von der Gemeinnützigen Baugesellschaft Hannover, später dann erste, bis 18 Stockwerke reichende Hochhäuser gebaut wurden. Mitte der 1970er Jahre, nach mittlerweile fast zwanzigjähriger Entwicklung, erhielt der Stadtteil, sozusagen als Gipfelpunkt, ein Hochhauskomplex nach amerikanischem Vorbild. Es waren diese Hochhäuser, die den ohnehin schon schlechten Ruf des jungen Stadtteils bestätigten. Denn schon zuvor war deutlich geworden, daß Politiker, Planer und Bauträger ohne die betroffenen Menschen geplant und gebaut hatten. Es fehlten Verkehrsanbindungen, stadtteilnahe öffentliche Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Freizeitheime usw., es fehlten Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe zur alltäglichen Versorgung der Menschen, es fehlten die im nahegelegenen Gewerbegebiet versprochenen wohnungsnahen Arbeitsplätze, und es fehlte, angesichts der großdimensionalen Anonymität der Wohnungskomplexe und der überdimensionierten Freiflächen und Straßenzüge, an Möglichkeiten sozialer Nähe, lebendiger Öffentlichkeit und rücksichtsvoller Verantwortung. Viele Bewohner kamen aus Flüchtlingssiedlungen, Gartenkolonien oder anderen behelfsmäßigen Quartieren. Zum Teil handelte es sich um Kriegsversehrte und um Angehörige sehr unterschiedlicher Arbeitermilieus, von denen nicht alle sofort den Anschluß an die “Wiederaufbau-Gesellschaft” fanden. Entgegen der Euphorie, mit der die planerischen und baulichen Maßnahmen für den neuen

¹³ Vgl. dazu die jüngsten Arbeiten des sich kritisch mit der “Hauptstadt-Planung” in Berlin auseinandersetzenen Architekturkritikers Wolfgang Kil, *Gründerparadiese. Vom Bauen in Zeiten des Übergangs*, Berlin 2000.

¹⁴ Vgl. Erwin K. Scheuch, Ute Scheuch, Cliquen, Klüngel und Karrieren.. *Über den Verfall der politischen Parteien*, Reinbek 1992.

Stadtteil kommentiert wurden, reduzierte sich die Berichterstattung über die Bewohner von Beginn an auf Mißtrauen, Unterstellungen und Ausgrenzung. Das alte Spiel, nämlich die soziale Bedürftigkeit einzelner Gruppen anzuzweifeln und somit selbstverschuldete Notlagen zu unterstellen, war bereits 1960 in der Lokalpresse zu beobachten. Dort hieß es: “Während die bisher entstandenen und noch entstehenden Wohnungen überwiegend durch das Wohnungsamt an finanzschwächere Kreise vergeben werden, soll die nächste Bauphase auch zahlreiche Einfamilienhäuser umfassen, damit ein vernünftiges soziales Gemisch zustandekommt. Hoffentlich gelingt es! Mit welcher Vorsicht heutzutage der Begriff ‘minderbemittelt’ anzuwenden ist, zeigt u.a. die Tatsache, daß auch die im ‘Wohnungsamtviertel’ errichteten Garagen sich regsten Zuspruchs erfreuen.”¹⁵

Machen wir nun einen etwas gewagten Zeitsprung in die Gegenwart des Jahres 2000, können wir in der Lokalpresse noch immer über unseren Stadtteil informiert werden. So heißt es dort: “Viele Wohnungen stehen leer. (Der Stadtteil ohne Einfamilienhausreihensiedlung) ist seit 1998 Sanierungsgebiet. Für Umbauarbeiten an Gebäuden und Freiflächen hat die Stadt zehn, das Land 20 Millionen Mark bereitgestellt. Das Wohngebiet um die Hochhäuser ... ist ein sogenannter sozialer Brennpunkt: Für 85 Prozent der 3.000 Wohnungen im Stadtteil hat die Stadt Belegrechte; bisher zogen überwiegend Mieter mit sozialen Problemen ein. 22 Prozent der Menschen dort leben von Sozialhilfe - mehr als dreimal so viele wie im Stadtdurchschnitt. Bis zu 29 Prozent der Wohnungen stehen leer, die Fluktuation ist hoch. Haupt-eigentümerin (im Stadtteil) ist die Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH): Ihr gehören rund 2.700 Wohnungen.”¹⁶

40 Jahre nachdem von den Stadtplanern “nach Herzenslust aus dem Leeren” geschöpft und “in Reinkultur eine Stadt nach den neuesten Erkenntnissen ihrer Wissenschaft gezüchtet” worden war folgt die Bankrotterklärung durch die Urheber aus Politik, Planung und Wohnungsbauunternehmen. Der Stadtteil wird zum Sanierungsfall erklärt, nicht aber die eigene Politik, Planung und bauliche Umsetzung. 30 Millionen Mark aus öffentlichen Kassen werden bereitgestellt, wobei offenbleibt, wie viele Millionen öffentlicher Gelder in der Zwischenzeit ohnehin schon in dieses und vergleichbare andere Bermuda-Dreiecke wohnungspolitischen und städtebaulichen Dilettantismus versickert sind, ohne daß sich für die betroffenen Menschen etwas zum Positiven hin verändert hätte. Die “Unwirtlichkeit”¹⁷ des Stadtteils hatte seinen Bewohnern keine Chancen zur Stabilisierung ihrer sozialen Lagen gewährt. Das Gegenteil war der

¹⁵ Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14.9.1960. Heute stehen die meisten der hier angeführten Garagen leer oder sind zu anderen Zwecken umgebaut.

¹⁶ Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.4.2000

¹⁷ Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte - Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt/M. 1965

Fall: Mittlerweile finden sich unter den knapp 10.000 Bewohnern etwa 2.000 Sozialhilfebezieher, von allen Kindern und Jugendlichen im Alter von bis zu 17 Jahren beziehen ein Drittel Sozialhilfe, von den etwa 6.000 Erwerbsfähigen sind 20 % arbeitslos. Hier handelt es sich um Durchschnittszahlen, die verdecken, daß in einzelnen Quartieren des Stadtteils als Ausdruck einer zusätzlichen inneren sozialen Segregation die Quoten sich bis um 80 % erhöhen. So sind beispielsweise einzelne Quartiere nahezu vollständig vom freien Wohnungsmarkt abgekoppelt, weil mehr als 90 % der Wohnungen sogenannte Belegrechtswohnungen sind. Es handelt sich um Wohnungen, für die die Stadt Hannover Finanzierungshilfen leistet oder die sich im Eigentum der Stadt bzw. der Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH) befinden. Es sind Wohnungen, in die in aller Regel Menschen eingewiesen werden, die ohne Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt sind. So sind zum Beispiel in einem der Quartiere unseres Stadtteils 91 % der Wohnungen Belegrechtswohnungen. Gleichzeitig erhalten 32 % der dort lebenden Haushalte Sozialhilfe und 19 % unterstützendes Wohngeld. Die durchschnittliche Kaltmiete beträgt DM 11,70 pro m². Bei diesen Preisen wären die Wohnungen auf dem freien Markt nicht zu vermitteln, da zu teuer. Die Preise lassen sich offenbar nur über öffentliche Transferzahlungen realisieren. Diskutiert wurde, die Betonburgen zu Gunsten preiswerter und sozial verträglicher Wohnungen in die Luft zu sprengen. Dagegen scheint nun allerdings zu sprechen, daß insbesondere die zu Beginn der 1970er Jahre gebauten fragwürdigen Hochhauskomplexe bis heute noch nicht abschließend finanziert bzw. bezahlt werden konnten.

Ich will zurückkehren zu den unter diesen Bedingungen struktureller Gewalt lebenden Menschen, zu denen insbesondere die ohnehin diskriminierten Nicht-Deutschen bzw. Ausländer gehören. Sie stellen im Stadtteil ein Drittel der Einwohner, in einzelnen Quartieren nahezu die Hälfte. Diese überproportionalen Anteile führen groteskerweise dazu, daß in den Vorurteilen öffentlicher Meinung "die Ausländer" für den Zustand des Stadtteils verantwortlich gemacht werden. Es führt aber auch dazu, daß in einzelnen Wahlbezirken des Stadtteils nur ein Viertel der Einwohner politisch repräsentiert ist, weil neben der ohnehin geringen Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Deutschen die Mehrheit von der Wahl ausgeschlossen bleibt und insofern aus wahlarithmetischen Gründen Politik wenig Neigung verspürt, in solchen und vergleichbaren Stadtteilen zusätzliche Energien zu investieren.

3. Schluß

Ich komme zum Schluß, indem ich noch einmal meine Ausgangsthese aufgreife, welche die Bedingungen

und Ausdrucksformen struktureller Gewalt mit der gesellschaftlichen Praxis elitistischer Intellektueller, Experten, Bürokraten und Politiker, also mit Vertretern der herrschenden Klasse, verknüpft sehen will. Sie sind es, die sich angesichts der von ihnen selbst proklamierten Zumutungen neoliberal gefärbter gesellschaftlicher Umbrüche am wenigsten bewegen, sich keinen Zumutungen aussetzen und sich dabei auf ihre diversen Legitimationen, Kompetenzen, Besitzstände bzw. auf ihre vermeintliche Überlegenheit berufen. Erneut lassen sie den Strukturwandel von jenen gesellschaftlichen Gruppen ausbaden, die schon zuvor selbst unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen die unverantwortete dilettantische Praxis dieser gesellschaftlichen Eliten erleiden mußten.

Zu diesen sich in ihrer besonderen Existenz gerechtfertigt sehenden Herrschenden lassen sich die Talkshow- bzw. Feuilleton-Wissenschaftler zählen, die auf Kosten zivilisatorischer Grundorientierungen und Maßstäbe Aufmerksamkeit um jeden Preis anstreben, dabei sozialpsychologischen Dispositionen bzw. 'inneren Schweinehunden' Gelegenheit zum öffentlichen Ausbruch verschaffen und somit längst überwunden geglaubte Ressentiments und Vorurteile wieder salonfähig machen. Sie bereiten damit im öffentlichen Raum das Feld für die gnadenlose Wettbewerbsgesellschaft, die darauf angewiesen ist, mangelnde soziale Integration durch populistisch vermittelte Gewalt- und Sicherheitsdebatten bzw. Kontroll- und Ausgrenzungsstrategien zu ersetzen.

Bei der anderen hier von mir diskutierten Gruppe handelt es sich um in der Regel lokal gefärbte Eliten, die sich im wohnungsbaupolitischen und stadtplanerischen Feld zwischen Politik, Verwaltung und (halb-)öffentlichen Betrieben und Körperschaften gleichsam wie in einem rundum abgesicherten bzw. patronagen Subventions-Milieu bewegen. Deren Beiträge und vor allem deren Verantwortung zur Formierung struktureller Gewaltverhältnisse standen und stehen offenbar außerhalb jeder Diskussion. Und wenn, wie im skizzierten Fall des hannoverschen Stadtteils, diese Gewaltverhältnisse politisch und sozial bedrohliche Formen für die Herrschenden annehmen, verordnet sich die dafür mitverantwortliche Gruppe ein Sanierungsprogramm in Höhe von 30 Millionen Mark. Die Frage, wer in wessen Interesse was sanieren will, ist dabei gar nicht ohne weiteres zu beantworten, da alle Beteiligten insgeheim wissen, daß zunächst das System des Subventions-Milieus selbst grundlegend verändert werden müßte. Hoffen wir, daß die schon als 'gefährliche Klassen' bezeichneten Menschen im skizzierten Stadtteil nicht noch gefährlicher werden müssen, um es tatsächlich dazu kommen zu lassen.

Prof. Dr. Heiko Geiling
Universität Hannover
agis
An der Christuskirche 18
30167 Hannover

www.agis.uni-hannover.de
h.geiling@agis.uni-hannover.de
0511 - 762 - 19069